Niederschrift über die 32. Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Montag, 23.01.2017
Beginn der Sitzung: 17:29 Uhr
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr
Sitzungsort: großer Rathaussaal

Anwesend:

OBERBÜRGERMEISTER

Fichtner, Harald Dr.

BÜRGERMEISTER

Siller, Eberhard

STADTRÄTE

Adelt, Jürgen Dr.

Bier, Angela

Böhm, Karola

Bruns, Gudrun

Dietel, Hans-Jürgen

Dumann, Joachim

ab lfd. Nr. 528

Etzel, Thomas

Fleischer, Wolfgang

Hering, Andrea

Herpich, Christian

Hübschmann, Michael

ab lfd.Nr. 527

Kellner, Rainer

bis lfd. Nr. 529

Kilincsoy, Aytunc

Knieling, Jürgen

Lentzen, Matthias

Lockenvitz, Felix

Mergner, Matthias

Meringer, Reinhard

Mielentz, Jörg

Rambacher, Albert

Scherdel, Bernd

Schoerner, Christine

Schrader, Ingrid

Schrader, Klaus Dr.

Schwärzel, Heidemarie

bis lfd. Nr. 529

Singer, Matthias

Ulshöfer, Jochen

von Rücker, Jörg

Wietzel, Dieter

Wittig, Andrea

Wunderlich, Hülya

Zeh, Dominik

Zschätzsch, Bettina

Zwurtschek, Esther

Ortssprecher

Bogler, Hilmar

UNTERNEHMENSBEREICHSLEITER

Pischel, Franz

Verwaltung

Fischer, Peter
Lippert, Klaus
Klust, Andre

Abwesende und entschuldigte Personen:

BÜRGERMEISTER

Strößner, Florian

STADTRÄTE

Dietrich, Maximilian Dr.
Döhla, Eva
Fuchs, Heike
Krassa, Michael

Schriftführerin:

Ute Schörner-Kunisch

522 Änderung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Oberbürgermeister **D r . F i c h t n e r** mit, dass der Tagesordnungspunkt 5 „Bauleitplanung der Stadt Hof“, das Bebauungsplanverfahren „VEP Schützenstraße“ betreffend, abgesetzt wird.

523 Eröffnung

Oberbürgermeister **D r . F i c h t n e r** eröffnet die 32. Vollsitzung des Stadtrates und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder des Stadtrates unter Zusendung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung rechtzeitig eingeladen wurden.

Die Entschuldigungen von

Frau Stadträtin **D ö h l a**,
Frau Stadträtin **F u c h s** und
Herrn Stadtrat **K r a s s a** aus privaten Gründen

sowie

Herrn Bürgermeister **S t r ö ß n e r** aus beruflichen Gründen

werden anerkannt.

Herr Stadtrat **D r . D i e t r i c h** fehlt unentschuldigt.

Das Haus ist beschlussfähig.

Das Protokoll über die 31. Vollsitzung des Stadtrates vom 12. Dezember 2016 wird zur Einsichtnahme aufgelegt.

Das Protokoll über die 30. Vollsitzung des Stadtrates vom 28. November 2016 wurde nicht beanstandet und gilt daher nach der Geschäftsordnung als genehmigt.

Öffentliche Sitzung

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
32 Stadratsmitglieder	

524 Antrag Nr. 81 der SPD-Fraktion; Gewährleistung einer ausreichenden Beleuchtung in der Hochstraße

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag der SPD-Stadratsfraktion vom 13.12.2016 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Hoch- und Tiefbau, Grünanlagen zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
32 Stadtratsmitglieder	

**525 Antrag Nr. 82 der SPD-Fraktion;
Anbringung eines Stopp-Schildes an der Einfahrt zur B 15 Richtung Rehau**

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.12.2016 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verkehrsaufsicht zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
32 Stadtratsmitglieder	

**526 Antrag Nr. 83 DIE LINKE:
Aberkennung des Ehrenbürgerrechts für Paul von Hindenburg**

Antragsbekanntgabe:

Der beiliegende Antrag von Herrn Stadtrat Etzel, DIE LINKE, vom 17.01.2017 war bereits in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Der Antrag wird dem Fachbereich Zentrale Steuerung, Personal und Organisation zur weiteren Bearbeitung zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
33 Stadtratsmitglieder	

**527 Bestellung von Vertretern der Stadt Hof in juristischen Personen des öffentlichen Rechts;
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Nordbayern**

Vortrag:

Die Vertretung in den Verbandsversammlungen der Zweckverbände erfolgt nach Art. 31 Abs. 2 KommZG durch den Oberbürgermeister und im Falle der Verhinderung durch seine gesetzlichen Stellvertreter nach Art. 39 Gemeindeordnung (GO). Abweichend davon kann der Stadtrat nach § 3 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Hof im Einvernehmen mit den Bürgermeistern durch Beschluss andere Vertreter benennen. Dies ist in der Vergangenheit immer dann geschehen, wenn zur Wahrnehmung der Vertretung Sachkenntnisse und fachliche Zusammenhänge aus den jeweiligen Arbeitsfeldern erforderlich sind.

Die Stadt Hof ist Mitglied im Zweckverband Tierkörperbeseitigung Nordbayern.
Nach § 6 Abs. 2 der Zweckverbandssatzung entsendet sie einen Verbandsrat und einen Stellvertreter.

Es wird vorgeschlagen

als Vertreterin

Frau Dr. Johanna Fischer,
Amtstierärztin im Städtischen Veterinäramt Hof

als ihre Stellvertreterin

Dr. Cornelia Nelkel
Amtstierärztin im Städtischen Veterinäramt Hof

zu benennen.

Die beiden Bürgermeister haben dieser Vertretungsregelung zugestimmt.

Es wird um entsprechende Beschlussfassung gebeten.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Stadtrat einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 35 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner zugleich Vortragender
Bürgermeister:	Siller
Vortragender:	Stadtdirektor Pischel
34 Stadtratsmitglieder	

528 Bauleitplanung der Stadt Hof

1. Änderung des Bebauungsplanes „Weiterentwicklung Hochschulen mit Anbindung an die Enoch-Widman-Straße“ in Teilbereichen

2. Aufstellung des qualifizierten Bebauungsplanes „Weiterentwicklung Hochschulen II“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch)

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Vortrag:

Lage des Plangebietes:

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt am östlichen Rand von Hof im Bereich der Hochschulen und nördlich der erweiterten Enoch-Widman-Straße.

Die genaue Abgrenzung und die betroffenen Flurnummern sind aus dem Bebauungsplanentwurf zu entnehmen.

Anlass und Erforderlichkeit der Planaufstellung:

Der bestehende Bebauungsplan „Weiterentwicklung Hochschulen mit Anbindung an die Enoch-Widman-Straße“ muss in Teilbereichen geändert werden, da die Standortentscheidung zur Ansiedlung eines Digitalen Gründerzentrums zu Gunsten eines Grundstücks südlich der Albert-Einstein-Straße getroffen wurde. An diesem Standort setzt der rechtsverbindliche Bebauungsplan „Weiterentwicklung Hochschulen mit Anbindung an die Enoch-Widman-Straße“ vom Dezember 2014 kein Baurecht sondern „private Parkfläche Hochschule“ fest. Um den Neubau des Digitalen Gründerzentrums zu ermöglichen, muss der Bebauungsplan geändert werden.

Durch die Hochschulen entsteht in den angrenzenden Allgemeinen Wohngebieten ein hoher Parkdruck. Die städtebauliche Qualität der bauplanungsrechtlichen festgesetzten „Allgemeinen Wohngebiete“ wird durch den ständigen Parksuchverkehr stark beeinträchtigt.

Das notwendige Bauleitverfahren wird zum Anlass genommen, durch Regularien der Stellplatzanforderungen einerseits die vorhandenen Wohnquartiere und somit die gesamte Parksituation „rund um die Hochschulen“ zu entlasten und auf Dauer qualitativ aufzuwerten sowie andererseits der Gleichbehandlung von Investoren zum Neubau von Studentenwohnheimen im „Hochschulviertel“ zu entsprechen. Aus diesen Gründen wird abweichend von der Bayerischen Bauordnung eigens ein Stellplatzschlüssel für das Sondergebiet Hochschulen festgesetzt.

Ziele und Zwecke der Planung:

Mit der Aufstellung des qualifizierten Bebauungsplanes „Weiterentwicklung Hochschulen II“ werden für den festgelegten Standort des geplanten Digitalen Gründerzentrums Baugrenzen festgesetzt, um diese überregional bedeutende Investition bauplanungs- und bauordnungsrechtlich zu ermöglichen.

Dem Standort sind bereits durch bauaufsichtliche Zustimmung der Regierung von Oberfranken 156 Stellplätze zugeordnet worden. Um am geplanten Standort Baugrenzen festsetzen zu können, müssen die Regierung von Oberfranken und das Staatliche Bauamt den Ausgangsbescheid des Zustimmungsverfahrens aufheben bzw. ändern. Die Flächen für die überbauten Parkplätze (ca. 75 Stück) werden im Geltungsbereich Bebauungsplan „Weiterentwicklung Hochschulen II“ an anderer Stelle festgesetzt.

Für das Digitale Gründerzentrum müssen bauordnungsrechtlich ca. 40 neue Stellplätze nachgewiesen werden.

Zur Verbesserung der Wohnqualitäten in den angrenzenden „Allgemeinen Wohngebieten“ wird ein abweichender Stellplatzschlüssel festgesetzt.

Beschlussvorschlag:

Es wird empfohlen:

- die Änderung des Bebauungsplanes „Weiterentwicklung Hochschulen mit Anbindung an die Enoch-Widman- Straße“

und

- die Aufstellung des qualifizierten Bebauungsplanes „Weiterentwicklung Hochschulen II“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB

zu beschließen.

Folgende Unterlagen bilden Beschlussbestandteile:

- Bebauungsplan, M 1:1.000 (Stand 04.01.2017)
- zu ändernder Bebauungsplan DIN A4

Aussprache:

Im Rahmen des Vortrages ergänzte Herr Stadtdirektor **P i s c h e l**, dass hinsichtlich der Zuständigkeitsfrage zur Änderung der festgesetzten Baugrenzen an die Regierungspräsidentin von Oberfranken geschrieben worden sei und folgendes Antwortschreiben v. 16.01.2017 vorliege. Auszugsweise wird zitiert: „Da es sich beim digitalen Gründerzentrum um kein Vorhaben handelt, für das das Staatliche Bauamt die Bauvorlagen erstellt, kann die Stadt als untere Bauaufsichtsbehörde über einen entsprechenden Bauantrag entscheiden, ohne dass es vorab einer isolierten Aufhebung unserer Entscheidung vom 27.01.2011 bedarf. Dabei ist selbstverständlich auf die zeitgleiche Schaffung neuer Stellplätze zu achten.“ Insofern ändere sich der vorstehende ursprüngliche Vorlagentext dahingehend, dass nicht die Regierung von Oberfranken sondern die Stadt Hof selbst die Änderung vornehmen werde. Im Übrigen gelten die angemerktten Stellplatzzahlen nach wie vor.

Herr Stadtrat **U l s h ö f e r** stellt fest, dass die Hochschule Hof mittlerweile weit über Stadtgrenzen hinaus bekannt sei. Durchaus bewusst sei man sich, dass das ganze Viertel einer starken Verkehrsbelastung ausgesetzt sei und in letzter Zeit schon einige Maßnahmen zur Entlastung getroffen worden seien. Ein großes Problem sei auch der Parkplatzmangel. Auch in diesem Beschluss sei darauf Rücksicht genommen worden. Die CSU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Für Herrn Stadtrat **K e l l n e r** zeige sich bei diesem Punkt kommunalpolitische Einigkeit. Der Bebauungsplan müsse in erster Linie für die Errichtung des digitalen Gründerzentrums geändert werden. Der wichtigste Punkt sei, dass im allgemeinen Wohngebiet ein neuer Stellplatzschlüssel erstellt werde und durch den neuen Bau auch die Zufriedenheit bei den Anwohner in diesem Gebiet gesteigert werden könne. Die SPD-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Für die FAB-Fraktion erklärt Frau Stadträtin **B r u n s** die Zustimmung zum Aufstellungsbeschluss. Die Situation stelle sich derzeit so dar, dass einige Besucher noch nicht realisiert hätten, dass sich der Weg zu den Parkplätzen geändert habe. Es sei auch Aufgabe der Hochschule darauf hinzuweisen, dass der Weg zum Parkraum nun genau in die andere Richtung führe. Ansonsten sei die Lösung sehr gut.

Auch die GRÜNEN stimmen der Vorlage zu, wie Frau Stadträtin **S c h o e r n e r** erklärt. Es sei sehr positiv, dass die Notwendigkeit der Entlastung für die Anwohner um die Hochschule gesehen werde. Erwähnen möchte sie nochmals, dass auch der ÖPNV reagiert habe und einen zusätzlichen Bus zur Hochschule einsetze. So könne sich die Hochschule immer besser in das Stadtbild integrieren.

Oberbürgermeister **D r. F i c h t n e r** ergänzt, dass man den Medien zum Bau des digitalen Gründerzentrums Informationen entnehmen könne. Manch einer habe möglicherweise noch Vorbehalte, aber er könne versichern, dass es sich in keinster Weise mit dem ehemaligen Gründerzentrum vergleichen lasse. Verdeutlicht werde dies, dass sich gerade die heimische Wirtschaft überaus breit an diesem Projekt beteilige und es somit die Region für die Zukunft prägen werde.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt, auf Empfehlung des Bauausschusses, dem Vorschlag der Verwaltung einstimmig zu.

Der Bebauungsplan, M 1:1.000 (Stand 04.01.2017) und der zu ändernde Bebauungsplan DIN A4 bilden Bestandteile dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 36 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller
Vortragender:	Stadtdirektor Pischel
34 Stadtratsmitglieder	

529 Bauleitplanung der Stadt Hof

1. Zustimmung zum Antrag/Planungskonzept des Investors
2. Einleitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens „VEP Quartier am Strauß“
3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Hof in einem Teilbereich (Parallelverfahren) gemäß § 8 Abs. 3 BauGB (Baugesetzbuch),
4. Änderung des einfachen Bebauungsplanes „Regelung der Zulässigkeit von Spielhallen in einem Teilgebiet der Innenstadt I“
5. Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „VEP Quartier am

Vortrag:

Lage des Plangebietes:

Das Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 2,6 ha und liegt im Bereich der Innenstadt südlich der Altstadt zwischen Schillerstraße, Bismarckstraße, Friedrichstraße und Marienstraße. Es bildet den End- bzw. Anfangspunkt des sogenannten „Hofer Rückgrates“ (Rahmenplan Kernstadt 2010); den von Bismarckstraße, Altstadt und Ludwigstraße gebildeten zentralen Erlebnisbereich der Hofer Innenstadt.

Die genaue Abgrenzung und die betroffenen Flurnummern sind aus dem beiliegendem Bebauungsplanentwurf zu entnehmen.

Anlass der Planaufstellung (Antrag):

Anlass der Planungen ist der Abbruch des Bestandsgebäudes des ehemaligen Zentralkaufs zur Neuan siedlung eines Einkaufszentrums mit Verkaufs-, Dienstleistungs- und Gastronomieflächen. In diesem Zusammenhang wird auch der Busbahnhof neu konzipiert. Für die Schaffung der bau- und planungsrechtlichen Voraussetzungen muss eine Bauleitplanung eingeleitet werden. Die Bauflächen werden als „Sondergebiet Einkaufszentrum“ und in einem Teilbereich (Gebäude entlang der Marienstraße, in Schiller- und Friedrichstraße) als „Kerngebiet“ festgesetzt.

Im rechtsverbindlichen Flächennutzungsplan ist die Fläche als „Kerngebiet“ dargestellt und wird im Parallelverfahren in Teilen geändert.

Der bestehende einfache Bebauungsplan „Regelung der Zulässigkeit von Spielhallen und ähnlicher Unternehmungen im Sinne des §33i GewO in einem Teilgebiet der Innenstadt I“ aus dem Jahr 1989 wird in einem Teilbereich geändert.

Für das Projekt der sogenannten „Hof-Galerie“ hat der Bauausschuss am 22.04.2015 dem beantragten Bauvorbescheid mit einer max. Verkaufsfläche von 10.000 m² zugestimmt. Mit Schreiben vom 27.12.2016 beantragt die Firma *Hof Galerie S.A., vertreten durch die Luxembourg Investment Group LIG S.A., vertreten durch den Vorstand, Herrn Vladimir Volkov* die Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB). Mit genanntem Vertragspartner wird ein Durchführungsvertrag zur Verfestigung der Planungsabsichten geschlossen. Abweichend zum Plangebiet umfasst das vorläufige Vertragsgebiet eine Fläche von ca. 1,1 ha. Der Investor verfügt derzeit über die Grundstücke mit folgenden Flurnummern: 1165, 1162 und 1161. Für die Flurstücke 1158 und 1180 stehen die Termine zur notariellen Beurkundung der Kaufverträge bereits fest, sodass der Grunderwerb voraussichtlich zur Beschlussfassung erfolgt sein wird.

Im Bereich des Vertragsgebietes ist folgendes Planungskonzept vorgesehen:

Der brachliegende ehemalige Zentralkauf und die Gebäude der Schillerstraße 11, 13 und 19 sowie Nebengebäude im Hinterhof der Marienstraße 57 sollen abgebrochen werden. Hier wird ein 4-geschossiger Neubau geplant, welcher sich insbesondere in der Bismarckstraße an der städtebaulichen Struktur der

Blockrandbebauung orientiert. Aufgrund der Geländetopografie (die Schillerstraße liegt etwa 5,0 m höher als die Friedrichstraße) ergeben sich zwei Eingänge zum Einkaufszentrum. Im Erdgeschoss erfolgt der Zugang von der Friedrichstraße und im ersten Geschoss von der Schillerstraße / Ecke Bismarckstraße. Die Verkaufsfläche nimmt dabei 2,5 Geschosse in Anspruch, wobei sich die Parkflächen im oberen Bereich über 1,5 Geschosse erstrecken. Der Busbahnhof wird künftig zentral in der Friedrichstraße angeordnet und eine funktionale Verbindung zur Innenstadt sowie zu dem neuen Einkaufszentrum erhalten.

Mit der vorliegenden Konzeption wird ein Einkaufszentrum incl. Gastronomie- und Dienstleistungsflächen in einer Größenordnung von max. 14.500 m² – davon ca. max. 12.000 m² Verkaufsfläche – geschaffen, die sich derzeit wie folgt aufteilt:

Nahrungs- und Genussmittel:	ca.	2.310 m ²
Gesundheit, Körperpflege:	ca.	920 m ²
Bekleidung:	ca.	3.220 m ²
Schuhe, Lederwaren:	ca.	700 m ²
Unterhaltungselektronik	ca.	2.300 m ²
Baby, Spielwaren, Hobby	ca.	250 m ²
Bücher, Papier-, Büro- und Schreibwaren:	ca.	220 m ²
Sport, Camping :	ca.	800 m ²
Foto, Optik:	ca.	80 m ²
Uhren, Schmuck:	ca.	70 m ²
Telekommunikation:	ca.	90 m ²
Hausrat, Einrichtungsbedarf:	ca.	360 m ²
Gesamt:	ca.	11.320 m²

Eine Verschiebung der Verkaufsflächen zwischen den Sortimenten unter Einhaltung der Gesamtobergrenze von max. 12.000 m² ist grundsätzlich möglich und soll auch in Zukunft (z.B. bei Mieterwechsel) möglich bleiben, jedoch maximal bis zu einer Verkaufsflächenmehrung von ca. 15 % je Sortiment.

Weiterhin sind Gastronomie und Dienstleistungen in einer Größenordnung von max. 2.500 m² und ca. 440 Stellplätze für das gesamte Areal geplant.

Die Auswirkungen und die Verträglichkeit der Gesamtkonzeption werden im Rahmen des Bauleitplanverfahrens gutachterlich geprüft.

Als Vorhabenträger tritt auf:

Fa. Hof Galerie S.A.

Vertreten durch die Luxembourg Investment Group LIG S.A.

Vertreten durch den Vorstand, Herrn Vladimir Volkov

19 rue de Bitbourg, L-1273 Luxembourg

Grand-Duché de Luxembourg

Im abzuschließenden Durchführungsvertrag werden u.a. geregelt:

- Festlegung von Verkaufsgrößen
- Stellplatzregelung
- Kostenübernahme
- Erschließung, Erschließungskosten und Straßenbeleuchtung
- naturschutzrechtlicher Ausgleich
- Einholung notwendiger Gutachten (Schallschutz, Verkehrsgutachten, Einzelhandelsanalyse, etc.)
- Interimslösung Busbahnhof
- endgültige Herstellung des Busbahnhofs

Die Erkenntnisse aus den Gutachten und zu den städtebaulichen Auswirkungen werden sowohl vertraglich als auch planerisch umgesetzt.

Im ausgewiesenen Kerngebiet werden durch die Festsetzungen einer Baulinie entlang der Marienstraße sowie der Obergrenzen für das Maß der baulichen Nutzung (Geschossflächenzahl und Grundflächenzahl) die in diesem Stadtteil charakteristischen Blockrandbebauungen verfestigt.

Beschlussvorschlag:

Es wird empfohlen:

1. die Zustimmung zum Antrag/Planungskonzept des Investors,
2. die Einleitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens „VEP Quartier am Strauß“ gem. § 12 i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB,
3. die Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Hof in einem Teilbereich (Parallelverfahren) gemäß § 8 Abs. 3 BauGB,
4. die Änderung des einfachen Bebauungsplanes „Regelung der Zulässigkeit von Spielhallen und ähnlicher Unternehmungen im Sinne des §33i GewO in einem Teilgebiet der Innenstadt I“
und
5. die Aufstellung des Bebauungsplanes „VEP Quartier am Strauß“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB

zu beschließen.

Folgende Unterlagen bilden Beschlussbestandteile:

- Antrag des Investors vom 27.12.2016 mit Anlagen
- Flächennutzungsplanänderung, M 1:10.000 (Stand 10.01.2017)
- Vorhabenbezogener Bebauungsplan, M 1:500 (Stand 09.01.2017)
- zu ändernder Bebauungsplan DIN A4

Aussprache:

Für Herrn Stadtrat **U l s h ö f e r** bedeute der heutige Beschluss einen großen Schritt nach vorne. Innerhalb kurzer Zeit sei der Antrag des Investors bearbeitet worden. Man verspreche sich von diesem Großprojekt eine Magnetwirkung auch für den Hofer Einzelhandel, um Kaufkraft zu halten und neue Käuferschichten aus dem Umland gewinnen zu können. Hiervon würden auch die anderen Einzelhändler in der Innenstadt profitieren. Wichtig sei es der CSU, dass ein Durchführungsvertrag mit dem Investor geschlossen werde, in dem wichtige Angelegenheiten, auch für die Anwohner (Schallschutz) geregelt werden sollen. Die CSU-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Herr Stadtrat **K e l l n e r** stellt fest, dass für dieses Projekt in Zukunft noch sehr viele und wichtige Beschlüsse gefasst werden müssen. Der heutige Beschluss erfolge in erster Linie deshalb, da man nach dem Baurecht zum Abbruch des Bestandsgebäudes verpflichtet sei, um ein neues Einkaufszentrum entstehen zu lassen. Hinweisen möchte er besonders darauf, dass die Stadt Hof als Träger für die Abbruchkosten nur deshalb auftrete, weil die Fördermittel und somit Steuergelder an die Stadt Hof ausgezahlt würden und verdeutlicht, dass der städtische Haushalt nicht belastet werde. Die Änderung vom Kerngebiet zum Mischgebiet erfolge in erster Linie, um alle Aktivitäten möglich zu machen. Das Verbot des Spielhallenbaus habe allerdings weiterhin Bestand. Für ihn sei ebenfalls der wichtigste Punkt, dass ein Durchführungsvertrag mit dem Investor geschlossen werden soll. Die Kostenfrage für die Gestaltung und Umsetzung des neuen Busbahnhofes und vieles Weitere sei noch zu klären.

Frau Stadträtin **B r u n s** erinnert daran, dass die Bevölkerung nunmehr seit 10 Jahren auf die Erneuerung des Zentralkaufs warte. Die FAB-Fraktion unterstütze dieses Projekt nachdrücklich und trotzdem stelle man sich die Frage, ob es möglich sei, 12.000 m² zu vermieten. Viele Fragen seien noch zu klären. Die FAB-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Für die Ausschussgemeinschaft stimmt Herr Stadtrat **D r. S c h r a d e r** zu. Obwohl der Investor gedrängt habe, sei hier die Gründlichkeit der Schnelligkeit vorangegangen. Man werde in Zukunft noch viele Sitzungen haben, in denen man mit diesem Projekt und einem vernünftigen Verkehrskonzept für das ganze Areal beschäftigt sein werde. Die Hof-Galerie sei durchaus ein Magnet für Käufer, dürfe aber nicht die Käuferschaft aus Altstadt und Ludwigstraße abziehen.

Herr Stadtrat M e r i n g e r hält fest, dass es nach wie vor ein Zentrenkonzept für die Stadt Hof gebe. In der Stadtmitte warte man dringend auf den neuen Busbahnhof und einen Vollsortimenter. Er bitte darum, bei der Gestaltung des Areals in der Schützenstraße darauf zu achten, dass nicht noch ein Einkaufszentrum in der Innenstadt entstehe, das man dann nicht benötige.

Oberbürgermeister D r. F i c h t n e r erwidert, dass das Areal in der Schützenstraße noch Beratungsbedarf habe und nicht entscheidungsreif sei. Er freue sich über die sich abzeichnende Einstimmigkeit für dieses Projekt. Sicher seien noch viele Fragen offen, die in den nächsten Monaten mit allen Beteiligten angegeben und abgearbeitet werden müssen.

Beschluss:

Dem vorstehenden Beschlussvorschlag schließt sich der Stadtrat, nach Vorberatung im Bauausschuss, einstimmig an.

Der Antrag des Investors vom 27.12.2016 mit Anlagen, die Flächennutzungsplanänderung, M 1:10.000 (Stand 10.01.2017), der vorhabenbezogene Bebauungsplan, M 1:500 (Stand 09.01.2017) und der zu ändernde Bebauungsplan DIN A4 bilden Bestandteile dieses Beschlusses.

* * *

einstimmig beschlossen
Ja 36 Nein 0

Anwesend:	
Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dr. Fichtner
Bürgermeister:	Siller zugleich Vortragender
32 Stadtratsmitglieder	

530 Berichterstattung über die stationäre Jugendhilfe

Vortrag:

Die SPD-Stadtratsfraktion hat beantragt, die stationäre Jugendhilfe zum Thema einer Stadtratssitzung zu machen. Der zuständige Fachbereichsleiter soll über die Entwicklung, Konzeption, Gesetzeslage und Finanzierung der stationären Jugendhilfe berichten.

Der Rechtsanspruch auf Heimerziehung ist in § 27 Sozialgesetzbuch Aches Buch (SGB VIII) i.V.m. § 34 SGB VIII gesetzlich geregelt. Demnach hat ein Personensorgeberechtigter bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe zur Erziehung, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist. Heimerziehung soll Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung fördern, aber auch entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des Kindes oder des Jugendlichen sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie

1. eine Rückkehr in die Familie zu erreichen versuchen oder
2. die Erziehung in einer anderen Familie vorbereiten oder
3. eine auf längere Zeit angelegte Lebensform bieten und auf ein selbständiges Leben vorbereiten.

Das Jugendamt versucht grundsätzlich Kinder und ihre Familien so zu stärken und zu unterstützen, dass eine Heimerziehung nicht notwendig wird. Dies geschieht durch eigene Beratung oder durch die Beratungsstelle der Diakonie Hochfranken. Unterstützung erhalten die Familien auch durch ambulante Maßnahmen, wie z.B. eine Erziehungsbeistandschaft oder durch sozialpädagogische Familienhilfe. Wird eine Heimaufnahme dennoch unvermeidbar, versucht das Jugendamt die Ursachen der familiären Defizite zu ergründen und zu beheben. Ziel ist auf jeden Fall die Rückführung des Kindes in die wieder stabilisierte Familie. Erforderlichenfalls wird dann weiter ambulante Hilfe gewährt.

Allerdings ist in den meisten Fällen eine Rückführung des Kindes in seine Familie auf absehbare Zeit oder auch gar nicht möglich. Dies ist z.B. der Fall, wenn erwartet werden muss, dass das Kind in seiner Familie körperlicher oder seelischer Gewalt ausgesetzt ist, oder eine ausreichende Versorgung des Kindes nicht gewährleistet werden kann (z.B. bei starker Drogenabhängigkeit). Häufig stehen die Erziehungsberechtigten wegen eines JVA-Aufenthaltes auch gar nicht zur Verfügung.

Aufgrund ungünstiger Rahmenbedingungen (hohe Arbeitslosenquote, vergleichsweise leichter Zugang zu Drogen, unsichere Einkommenssituationen) hat die Zahl der notwendigen Heimaufnahmen in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Ursachen sind aber nicht nur die kritischen Lebensumstände vieler Familien, sondern auch ein verändertes Bewusstsein in der Gesamtbevölkerung aufgrund schrecklicher Vorkommnisse von Kindsmisshandlungen in der Vergangenheit, die ein breites Echo in der Presse gefunden haben. Die daraufhin erfolgten Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen führen zu einem verbesserten Kinderschutz, bedeuten aber auch eine Aufgabenmehrung für das Jugendamt.

Die Heimfälle haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

2011:	66 Heimfälle
2012:	71 Heimfälle
2013:	74 Heimfälle
Januar 2014:	79 Heimfälle
Dezember 2014:	84 Heimfälle
Januar 2015:	84 Heimfälle
Dezember 2015:	84 Heimfälle

Januar 2016: 82 Heimfälle
Dezember 2016: 81 Heimfälle
Januar 2017: 82 Heimfälle

Die Ausgaben für die Heimfälle sind in den letzten Jahren wie folgt gestiegen:

2011: 2.434.643 €
2012: 3.213.357 €
2013: 3.534.854 €
2014: 3.502.585 €
2015: 3.993.837 €
2016: 4.515.733 €

Die Ausgabensteigerung wurde aber nicht nur durch die gestiegenen Fallzahlen, sondern auch durch gestiegene Tagessätze verursacht. Aktuell liegt der durchschnittliche Tagessatz bei einer Heimaufnahme bei 150 € pro Tag. In speziellen Einrichtungen fallen aber auch Tagessätze bis zu maximal 300 € pro Tag an.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat wird um Kenntnisnahme gebeten.

Aussprache:

Im Rahmen des Vortrags stellten Herr Verwaltungsrat Lippert und der Sachgebietsleiter für die Jugendhilfe, Herr Klust, den Stadträten einige anonymisierte Fälle aus der Praxis vor. Danach hatten die Stadträte ausgiebig Gelegenheit, Fragen zu stellen. Diese wurden durch die Vertreter des Fachbereichs 50 umfassend und abschließend beantwortet. Die Anregung von Herr Stadtrat D r. A d e l t, mehr Sitzungen des Jugendhilfeausschusses im Jahr einzuberufen, da hier der Bedarf wohl vorhanden sei, wurde aufgenommen.

Auf die Frage von Herrn Stadtrat E t z e l wurde erwidert, dass man durchaus wieder eine neue Kampagne für die Suche nach Pflegeeltern, vor allem für die Vollzeitpflege von Kindern und Jugendlichen, starten könne, um möglichst viele Kinder in geeigneten Familien unterzubringen.

An der weiteren Diskussion und Fragestellung beteiligten sich die Stadträte F l e i s c h e r, B r u n s, D u m a n n, M e r i n g e r, B ö h m, Z s c h ä t z s c h und Z e h.

Der Stadtrat nimmt von den Ausführungen Kenntnis. Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.11.2016 ist somit erledigt.

* * *

zur Kenntnis genommen

g.w.v.

Dr. Harald Fichtner
Oberbürgermeister

Ute Schörner-Kunisch
Schriftführerin